

DIE LINKE. Ortsverband Lippstadt
**Programmatische Forderungen zur
Stadtrats- und Bürgermeisterwahl am 25. Mai 2014**

Teilhabe für alle. Armut bekämpfen. Zocker abwählen!

DIE LINKE ist die einzige soziale Alternative zu den etablierten Parteien in Lippstadt. Nur wer DIE LINKE wählt, stimmt gegen Sozialabbau, kommunale Finanz-Zockerei und drohende Schulschließungen! Stimmen Sie für den Erhalt unserer Sozialstruktur, für klare Kommunalfinanzen und die Sicherung unserer Schulen!

Das Leben in Lippstadt verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm, in „Besserverdienende“ und Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos sind.

DIE LINKE kämpft dafür, dass in Lippstadt niemand in die soziale Isolation gedrängt wird: Für jeden Menschen muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden.

Darum strebt DIE LINKE in Lippstadt die folgenden wesentlichen Ziele an: Verwaltung und Infrastruktur gut ausstatten, Wohnen bezahlbar machen, attraktive Bildungsangebote schaffen, prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit zurück drängen, industrielle Arbeitsplätze erhalten und die Armut - besonders die von Kindern - bekämpfen.

1. Soziale Gerechtigkeit für Lippstadt!

Auf Bundesebene fordert DIE LINKE zur Armutsbekämpfung: 10 Euro Mindestlohn, die sofortige Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 500 Euro sowie perspektivisch eine Mindestsicherung von 1050 Euro (inklusive Wohnkosten).

Kommunalpolitische Entscheidungsspielräume in der Stadt und im Kreis müssen genutzt werden, damit Wohn- und Nebenkosten übernommen werden. Damit wird verhindert, dass eine Differenz zur tatsächlichen Miete aus dem Hartz-IV-Regelsatz bestritten werden muss. Die menschenverachtende Sanktionspraxis der Jobcenter muss ausgesetzt werden. Wer bis unter das Existenzminimum kürzt, verletzt die Menschenwürde!

Die Liste des Sozialabbaus in Lippstadt ist lang: Soziale Gruppenarbeit für Jugendliche und Kinder mit Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen wurde u. a. gestrichen. DIE LINKE war die einzige Partei im Stadtrat, die den Kürzungshaushalt 2010 und seine Fortschreibung konsequent abgelehnt hat.

In Lippstadt zahlen inzwischen sogar Kinder Ausleihgebühren in der Bücherei. Wir wollen,

dass zumindest Kinder, SchülerInnen, Studierende und sozial Benachteiligte die Bücherei entgeltfrei nutzen können. DIE LINKE fordert, dass die Erhöhung der Gebühren und Eintrittspreise im Kombibad, der Volkshochschule, der Bücherei, der Musikschule und im Theater, zurück genommen wird.

Der Lippstädter Familienpass soll bezahlbare Gebühren und Eintrittspreise für alle möglich machen. Er soll nicht nur für Leistungsbezieher/innen und Familien sondern auch für Niedriglöhner/innen gelten und mehr Ermäßigung bieten.

Arme Kinder zahlen im Kombibad den 3- bis 4-fachen Preis wie früher im Frei- und Hallenbad. DIE LINKE fordert die Senkung des Eintritts für Kinder mit Familienpass auf 1 Euro, die Wiederherstellung der Ermäßigung von 50 % sowie in den Sommerferien zeitweise freien Eintritt für Kinder.

„Morgen kommt der Weihnachtsmann. Allerdings nur nebenan...“ (Erich Kästner)

Hartz IV ist Kinderarmut. Es ist ein Skandal, dass in Lippstadt 1.900 Kinder in Armut leben müssen. DIE LINKE tritt dafür ein, dass im Dezember 50 Euro "Weihnachtsbeihilfe" für jedes dieser Kinder ausbezahlt wird.

Durch Unterstützung der Stadt ist sicherzustellen, dass an Bedürftige kostenlos warme Mahlzeiten und gesunde Lebensmittel abgegeben werden.

Secondhand-Waren können ein Beitrag zum Umweltschutz und zur Armutsbekämpfung sein. DIE LINKE setzt sich für Schenkläden, Giveboxen, Offene Bücherschränke, Sperrmüllbörsen und andere Möglichkeiten ein, damit Menschen Sachen, die sie nicht mehr brauchen, unentgeltlich an andere weiter geben können.

Die Überziehungszinsen bei der Sparkasse Lippstadt sind auf höchstens fünf Prozent oberhalb des Zentralbankzinssatzes zu beschränken. Wir wollen ein kostenloses Girokonto für Hartz-IV-Empfänger/innen.

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist zu verbessern. Die Stadt soll vorhandene Duldungsmöglichkeiten konsequent nutzen um Abschiebungen von zum Teil voll integrierten und hier aufgewachsenen Flüchtlingen zu verhindern!

2. Gute Bildung für alle!

DIE LINKE fordert, dass die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen gedeckt wird. Es darf nicht sein, dass jedes Jahr viele Schülerinnen und Schüler bei der Gesamtschule abgelehnt werden. Wir fordern kleinere Klassen und bessere Förderung statt Schulschließungen. Es fehlen qualifizierte Lehrer/innen, Integrationshelfer/innen und Schulsozialarbeiter/innen. Wir wollen ein inklusives, bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ganztagsbetreuungsangebot.

Bildung soll für alle gebührenfrei sein, von der Kita bis zur Uni und Weiterbildung. Die Elternbeiträge sind insbesondere für Geschwisterkinder abzuschaffen. Wir fordern kostenlose Kita- und Schulspeisung zunächst für Kinder von sozial benachteiligten Eltern. Der bedarfsgerechte Ausbau der Kita- und U3-Betreuung muss weiter gehen. Die Öffnungszeiten sind z.B. für berufstätige Eltern flexibel zu gestalten. Dies darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten geschehen. Es werden mehr qualifizierte und gut bezahlte Erzieher/innen benötigt.

DIE LINKE lehnt Kürzungen bei Bildung, Kunst, Kultur und Sport ab. Wir fordern eine bessere Medienausstattung der Thomas-Valentin-Stadtbücherei. Das Sporthallenangebot ist bedarfsgerecht auszubauen.

3. Gutes Leben in Lippstadt!

DIE LINKE tritt ein für eine kleinteilige Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Kultur und Einkaufen in Lippstadt. Großflächigen Einzelhandel, wie er für das Güterbahnhofgelände oder Am Waldschlößchen geplant war, lehnen wir auch in Zukunft ab. Wir wollen bessere Nahversorgung. Wir treten ein für verlässliche Kernöffnungszeiten in der Langen Straße und der übrigen Innenstadt sowie für die Einschränkung der Öffnungszeiten nachts und an Sonntagen.

Lippstadt braucht ein lebendiges Kultur- und Bürgerzentrum in der Kernstadt. Es soll ein lebendiger Ort für Kleinkunst, Konzerte, Poetry Slam oder Seminare werden. Gruppen sollen sich dort kostenlos oder für kleines Geld, ohne Verzehrzwang und behindertengerecht treffen können.

DIE LINKE fordert ein ausreichendes Angebot von gutem, bezahlbarem Wohnraum. Mietpreisgünstiger Wohnraum ist durch städtisches Planungsrecht zu schützen. Kommunale Wohnungsunternehmen sollen den Neubau von preiswertem Wohnraum mit öffentlicher Förderung sicherstellen. Damit nehmen sie Einfluss auf die kommunale Mietpreisbildung.

Die Erhöhung der Grundsteuer B belastet die Mieten. Deshalb hat DIE LINKE die Erhöhung abgelehnt und beantragt die Grundsteuer wieder zu senken. Auch die Erhöhung der Straßenbaubeiträge haben wir abgelehnt. Müll- und Straßenreinigungsgebühren wollen wir für Privathaushalte günstig gestalten.

Die private Dichtheitsprüfung lehnen wir ab. Die Prüfung sollte durch die öffentliche Hand erfolgen und über Gebühren von allen finanziert werden.

4. Mehr Mobilität für Lippstadt!

Der Fahrplan des Stadtbusses ist abends und am Wochenende auszuweiten. Weitere Ortsteile sind anzuschließen. DIE LINKE fordert ein Sozialticket für einkommenslose und geringverdienende Menschen im öffentlichen Nahverkehr in NRW. Der Preis soll sich am

ÖPNV-Anteil im Hartz-IV-Regelsatz orientieren. Perspektivisch soll der ÖPNV für alle Nutzer/innen fahrscheinlos sein.

Verkehrsentlastung durch den zügigen Bau der Trasse über das Uniongelände gehört zusammen mit Verkehrsberuhigung der Altstadt. DIE LINKE ist für Tempo 30 in Wohngebieten und in der City. Die Altstadt-Ringe mit Woldemei, Cappelstraße und den Tangenten bleiben Vorfahrtstraßen. Wir brauchen mehr statt weniger Lärmschutz. (Der Rat hatte die Beschränkung des Lkw-Verkehrs auf der Stirper Straße aufgehoben.)

Wir wollen den Fuß- und Radverkehr sowie die Straßenbeleuchtung verbessern und mehr Barrierefreiheit für behinderte Menschen schaffen.

5. Erneuerbare Energie für Lippstadt!

DIE LINKE tritt für die kommunale und dezentrale Energieerzeugung und -nutzung ein. Die Stadtwerke sollen keinen Atom- und Braunkohlestrom einkaufen sondern auf erneuerbare Energien setzen. Fracking lehnen wir ab.

Strom-, Wasser- und Gassperren aufgrund nicht gezahlter Rechnungen sollen bei sozial Benachteiligten unterbunden werden. DIE LINKE will einen kostenlosen Stromsockel zur Grundversorgung für Privathaushalte. Der Strom oberhalb des Grundkontingents würde entsprechend teurer. Haushalte mit geringem und mittlerem Stromverbrauch würden entlastet, Vielverbraucher belastet.

6. Moderne Verwaltung für die Menschen!

Wir sind für die Einrichtung eines zentralen Bürgerservicebüros sowie für öffentliches, freies WLAN in und um die städtischen Gebäude und in der Altstadt.

Die Verwaltung und der Rat der Stadt Lippstadt brauchen mehr Transparenz.

Nicht-öffentliche und geheime Sondergremien wie die Schulplanungskommission will DIE LINKE abschaffen. Bürgeranträge und -begehren sowie Unterschriftensammlungen sollen ernst genommen werden. Sachargumente sollen zählen und nicht bürokratische Verfahrensdebatten!

In Zukunft sollen die Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Entscheidungen wie z. B. großen Bauprojekten per Ratsbürgerentscheid abstimmen. Die Abstimmungen sollen mit Wahlterminen gekoppelt werden.

Stadtverwaltung und kommunale Betriebe werden verpflichtet wieder über ihren eigenen Bedarf auszubilden. Kürzungen beim Personal etwa bei der Weiterbildung sind zurück zu nehmen. Personalabbau ist zu stoppen. Die Stadt soll der Feuerwehr die Auszahlung geleisteter Mehrarbeit nicht verweigern und mehr Stellen schaffen.

Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand. Privatisierung lehnen wir ab.

7. Rotstift-Politik beenden!

Durch die falsche Politik von CDU, SPD, Grünen und FDP auf Bundes- und Landesebene werden den Kommunen mehr Aufgaben zugewiesen und gleichzeitig die finanziellen Mittel gekürzt. Deswegen regiert auch in Lippstadt der Rotstift. Es ist verlogen, wenn die anderen Parteien im Stadtrat dies beklagen, denn die Politik ihrer Parteien auf Bundes- und Landesebene ist dafür verantwortlich. Wir leisten dagegen Widerstand und lehnen Sozial- und Personalabbau auf allen Ebenen konsequent ab.

DIE LINKE setzt sich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärsteuer und für die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer ein. Lippstadt wird wieder handlungsfähiger, wenn die Steuersenkungen für hohe Einkommen & große Vermögen zurück genommen werden, auch Freiberufler/innen Gewerbesteuer zahlen müssen und Grundsicherungsleistungen komplett vom Bund finanziert werden.

Dennoch gibt es jetzt in Lippstadt Handlungsspielräume, nur sind die Prioritäten völlig falsch gesetzt: 50.000 Euro für einen Headhunter, um einen neuen Kämmerer zu finden, stellte der Rat sofort bereit, aber jährlich 3.000 Euro für kostenlose Büchereiausleihe für Kinder nicht.

Gewinne der Sparkasse und der städtischen Gesellschaften sollen zur Verbesserung der Haushaltslage der Stadt Lippstadt verwendet werden. Zur Vermeidung von Sozialabbau schließen wir eine moderate Gewerbesteuererhöhung nicht aus.

8. Zocker abwählen!

Schon bei der letzten Wahl hat DIE LINKE als einzige Lippstädter Partei gefordert, die Zockerei mit Zinsderivaten zu beenden. Stattdessen wurden die Geschäfte verlängert und bedenkenlos weiter gezockt. Extreme Verluste anderer Städte waren seit 2007 bekannt. Die Geschäfte wurden auf Antrag der LINKEN unter Ratsvorbehalt gestellt. Wir fordern die Swap-Geschäfte rückabzuwickeln! Wählen Sie die Zocker ab!

Wählen Sie am 25. Mai DIE LINKE!

Die Lippstädter LINKE ist ...

- für die sozial-ökologische Vergabe von kommunalen Aufträgen an Externe. Tarifverträge sind einzuhalten und ein Mindestlohn von 10 Euro ist zu zahlen
- für die soziale Gestaltung von Steuern und will deshalb z.B. einen geringeren Hundesteuersatz für Hartz-IV-Bezieher/innen einführen
- für die kostenlose Abgabe von Eintrittskarten von nicht genutzten Plätzen im Theater etc. an Hartz-IV-Bezieher/innen
- für gleich gute Bedingungen für Personal und Schüler/innen an privaten Schulen wie an öffentlichen Schulen
- dafür, dass die Kürzungen bei der Jugendhilfe und bei den Hilfen zur Erziehung zurück genommen werden
- dafür, die Kürzungen bei der Migrantenberatung und beim Tag der Kulturen zurück zu nehmen
- für die Senkung städtischer Gebühren bei der Nutzung von Räumlichkeiten durch Vereine und Privatpersonen
- dafür, dass es keine Kürzungen bei den Kommunikationszentren in den Ortsteilen gibt
- für die Verhinderung von Kürzungen bei der Breiten- und Jugendsportförderung
- dafür, die Sportvereine nicht mit Sportplatzpflege und Nutzungsgebühren zu belasten
- für Erholungsmöglichkeiten und den Erhalt von Grünflächen
- für das Auenzentrum, dem die rot-grüne Landesregierung bisher bei den Baukosten die Unterstützung verweigert
- für den Ausstieg aus der Atom- und Kohlestromnutzung
- für Kraft-Wärme-Kopplung, Solaranlagen und zusätzliche Windkraftkonzentrationsflächen
- für kleinteilige Bebauung des Güterbahnhofgeländes bei Erhalt von Parkmöglichkeiten. Kristallisationspunkt für die Entwicklung des Bereiches könnten der Bau eines Stadthauses, eines Bürger- und Kulturzentrums oder eine Multifunktionshalle sein
- für Verpachten und Umnutzen von städtischen Grundstücken und Gebäuden statt Verkauf (z. B. ehemaliges Hallenbadgelände)
- für den Ausbau des Bus- & Bahnangebotes
- dafür, dass auch behinderte Menschen wie Rollstuhlfahrer/innen das Anruf-Sammel-Taxi nutzen können
- für mehr Platz für Rollstuhlfahrer/innen und Kinderwagen im ÖPNV
- für Radwegeausbau und Verbesserung
- dafür, dass die Radverkehrs-Mängelliste des ADFC schnellstmöglich abgearbeitet wird

- dafür, dass Radstreifen statt Hochborde gebaut werden und auch im Sinne der Barrierefreiheit für Mobilitätsbehinderte und Rollstuhlfahrer/innen auf Kanten verzichtet wird
- für mehr Barrierefreiheit mit Blindenampeln und Bordstein-Absenkungen
- dafür, dass die Poststraße und der Rathausplatz (grobes Kopfsteinpflaster) barrierefrei gestaltet werden
- für wissenschaftlich begleitete Modellprojekte, die volljährigen Personen legal ermöglicht Cannabis für den Eigenbedarf anzubauen, um Konsumenten vor gesundheitlichen Gefährdungen wie Streckmittel zu schützen und um entsprechende kriminelle Organisationen zu schwächen
- dafür, dass Straßen und Plätze, die nach zweifelhaften oder faschistischen Namensgeber/innen benannt wurden, umgewidmet oder umbenannt werden
- für Breitband für alle. Eine Mindestbandbreite von 10 MBit/s ist gesetzlich für alle zu garantieren (Universaldienst)
- für mehr direkte Demokratie und Ratsbürgerentscheide
- dafür, dass Informationen, Akten und Vorgänge der Stadt im Internet veröffentlicht werden und für alle leicht zugänglich gestaltet werden
- dafür, dass personenbezogene Daten geschützt werden und privat bleiben
- gegen Totalüberwachung mit Videokameras im öffentlichen Raum
- für den möglichst Papierlosen Stadtrat
- für mehr Demokratie und Kontrolle: Stadtrat, Ausschüsse und Bürgereingaben gegenüber Verwaltung und kommunalen Gesellschaften stärken
- für bessere demokratische Kontrolle der städtischen Gesellschaften